

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften

Sitzungstag: 13.09.10
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 16:20 Uhr bis 18:00 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Schüdzig, Herbert

Ausschussmitglieder

Bunjes, Gertrud

Hartl, Arnulf

Lorentzen, Margot

Vertretung für Herrn Harry Funk

Matern, Hans

Vahlenkamp, Dieter

Vertretung für Frau Marianne Rasenack

Zillmer, Dirk

Grundmandat

Schwanzar, Bernhard

Verwaltung

Dankwardt, Angela

Jones, Stephen

Meile, Manfred

bis TOP 15

Riedel, Gabriele

als Protokollführerin

Rüstmann, Dietmar

Schaus, Hans-Wilhelm

bis TOP 10

Gäste

Albers, Udo

Janßen, Dieter

bis TOP 15

Kaiser, Peter

Entschuldigt waren:

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.20 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Vertreter der Presse und die zahlreich erschienenen Bürger.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Herr Zillmer beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 „Verkauf des Kindergartens Sandelermöns; Entscheidung über ein Kaufangebot“ zurückzustellen und in der kommenden Finanzausschuss-Sitzung zu beraten, da es seitens der CDU noch Klärungsbedarf gebe. Es läge ein neuer Antrag des Dorfbürgervereins vor, der noch auszuwerten sei.

Frau Bunjes schließt sich diesem Antrag an, da es nicht so kurzfristig möglich gewesen sei, den jetzt vorliegenden Vorschlag des Vereins innerhalb der SPD zu diskutieren.

Der Vorsitzende lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung beschlossen.

TOP 5 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 6 Verkauf des Kindergartens Sandelermöns; Entscheidung über ein Kaufangebot
Vorlage: BV/333/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

**TOP 7 Grundsatzentscheidung über die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages
Vorlage: BV/330/2010**

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein. Er erklärt, das weitere Vorgehen werde mit einem Fachbüro abgestimmt. Aufgrund der umfangreichen Arbeiten, die im Vorfeld zu erledigen seien, könne die Satzung erst zum 01.07.2011 in Kraft gesetzt werden.

Herr Harl führt aus, die FDP sei grundsätzlich gegen eine Einführung dieses Beitrages, und zwar zunächst einmal aus haushaltspolitischen Erwägungen. Bevor eine neue Abgabe erhoben werde, sollten zunächst die Sparbemühungen intensiviert werden. Jahrelang habe man viel Geld in die MuT GmbH investiert, im Interesse der Haushaltskonsolidierung sei der Betrag dann reduziert worden. Nun würden schon wieder neue Begehrlichkeiten geweckt, obwohl noch kein Grundsatzbeschluss zur Beitragserhebung vorliege. Dieses Vorgehen halte er für fragwürdig. Unverständlich sei ihm auch, dass der Landkreis auf der einen Seite Einsparungen fordere, auf der anderen Seite aber von der Stadt eine Beteiligung an der Wirtschaftsförderung erwarte, die ebenfalls freiwilliger Natur sei.

Des weiteren sei die Abgabe mit erheblichen juristischen Risiken und Nebenwirkungen verbunden. Er sehe eine Klagewelle auf die Stadt zurollen, zumal von den Unternehmen kaum Kooperationsbereitschaft zu erwarten sei.

Herr Rüstmann erwidert, die Unternehmen hätten eine Verpflichtung zur Darlegung der Umsätze. Die zusätzlichen Einnahmen würden teilweise dem Tourismus zugute kommen, so dass die Gewerbetreibenden hiervon auch profitierten.

Herr Zillmer betont, der Entscheidungsprozess bei der CDU sei noch nicht abgeschlossen, er werde sich jedoch nicht gegen einen Grundsatzbeschluss stellen.

Herr Vahlenkamp erklärt, der Rat habe bereits mit der Verabschiedung des Haushalts 2010 festgelegt, den Beitrag zu erheben. Die Grundsatzentscheidung sei also nur eine Formalie. Die SPD werde zustimmen, um den Tourismus in Jever zu fördern.

Herr Schwanzar teilt mit, er befürworte die Einführung in der Hoffnung, die MuT GmbH werde handlungsfähiger und könne finanziell auf eigenen Beinen stehen.

Herr Schüdzig befürchtet, dass die neue Aufgabe eine unverhältnismäßige Erweiterung des Stellenplans nach sich ziehe.

Herr Rüstmann entgegnet, die Wochenstunden einer Mitarbeiterin werde auf 5 Stunden aufgestockt. Ob dieses ausreiche, sei aber noch nicht absehbar.

Herr Matern schlägt vor, diese neue Aufgabe in interkommunaler Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wangerland zu erledigen.

Herr Rüstmann erklärt, die Gemeinde Wangerland habe ein anderes Beitragsmodell, bei dem man Produktivitätskriterien wie die Anzahl der Stühle oder das Personal für die Beitragserhebung herangezogen habe. Lügen die Daten erst einmal vor, sei die weitere Pflege nicht mehr aufwändig.

Frau Dankwardt macht deutlich, der Grundsatzbeschluss sei notwendig, um handeln zu können. Der Beschluss sei verpflichtend und es dürfe kein nachträgliches Umsteuern geben, da der Aufwand zu groß sei. Es werde Druck von außen geben, dem man standhalten müsse. Sie sei der Meinung, dass die Stadt in diesem Sommer so viele Besucher hatte wie nie, was sicherlich auch ein Erfolg des Stadtmarketings sei. Die Stadtverwaltung sei nicht in der Lage, die Stadt mit ihren Vorzügen zu vermarkten.

Der Vorsitzende lässt sodann über diesen TOP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages in der Stadt Jever wird beschlossen.

Zu diesem Zweck erlässt die Stadt Jever eine Fremdenverkehrsbeitragssatzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzung vorzubereiten.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 Vorlage: BV/325/2010

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein.

Der Vorsitzende lässt ohne Diskussion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

a) Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 wird gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen.

b) Für das Haushaltsjahr 2009 wird der Bürgermeisterin die Entlastung gem. § 40 Abs. 1 Ziff 9 NGO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO erteilt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Produktbuch der Stadt Jever Vorlage: MV/331/2010

Herr Rüstmann trägt den Sachverhalt vor.

Der Ausschuss nimmt den TOP zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10 Baubetriebshof der Stadt Jever; "Fit für die Doppik"
Vorlage: BV/248/2010**

Herr Rüstmann führt zu dem Sachverhalt aus. Er teilt ergänzend mit, dass es in der Vergangenheit keine ausreichende betriebswirtschaftliche Orientierung beim Einsatz des Bauhofes gegeben habe. Mit der Einführung der Doppik müsse sich der Bauhof auch der privatwirtschaftlichen Konkurrenz stellen. Dementsprechend sei es ein Schritt in die richtige Richtung, hierzu die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Frau Dankwardt fügt ergänzend hinzu, es müsse dann aber auch Einvernehmen darüber bestehen, dass der Bauhof nicht mehr für Gefälligkeitsdienste zur Verfügung stehe. Ausschließlich der Produktverantwortliche sei berechtigt, Aufträge zu erteilen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Baubetriebshof wird als Regiebetrieb der Stadt Jever mit eigener kaufmännischer Wirtschaftsführung geführt. Übergeordnete Organisationseinheit ist der Fachdienst 60.

Ab 01.01.2011 wird jede Leistung des Baubetriebshofes als Auftragnehmer den Auftraggebern in Rechnung gestellt (klassisches Auftraggeber- / Auftragnehmeverhältnis). Auftragsberechtigt sind nur die Produktverantwortlichen der Stadtverwaltung. Ziel ist ein wirtschaftlicher und wettbewerbsfähiger Betrieb mit 100 %-iger Kostendeckung.

Grundsätzlich sind folgende Einheitspreise in Rechnung zu stellen:

<i>Facharbeiterstunde inkl. Fahrzeuge und Werkzeug</i>	<i>40,00 Euro</i>
<i>Hilfsarbeiterstunde inkl. Fahrzeuge und Werkzeug</i>	<i>37,00 Euro</i>

zuzüglich 10 %-iger Zuschlag für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen

<i>Einsatzstunde Unimog</i>	<i>43,00 Euro</i>
<i>Einsatzstunde Radlader</i>	<i>30,00 Euro</i>

Anfallende Materialkosten werden zusätzlich berechnet.

Sofern für Leistungsbereiche eine detaillierte Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt, wird die Leitung des Baubetriebshofes bevollmächtigt, auf Basis dieser Kalkulation abzurechnen.

Im Haushaltsplan 2011 sind die erforderlichen Veranschlagungen vorzunehmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Antrag der SWG/Sender-Gruppe auf Verzicht einer freiwilligen Ausgabe für private Gebäudesanierungsmaßnahmen unter gleichzeitiger Festsetzung eines Sperrvermerks im Haushalt 2010
Vorlage: BV/336/2010**

Herr Rüstmann trägt den Sachverhalt vor. Er verweist darauf, dass der Verwaltungsausschuss der Beratung des Antrags der SWG/Sender-Gruppe im Finanzausschuss zugestimmt habe.

Zudem sei anzumerken, dass das RPA bestätigt habe, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Erfüllung des Vertrages gegeben seien. Aus diesem Grunde könne nur geraten werden, den Vertrag auch tatsächlich zu erfüllen.

Herr Zillmer erklärt, er stimme den Ausführungen des Kämmerers zu. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe jedes Ratsmitglied die Möglichkeit, seine Meinung zu einzelnen Positionen zu äußern. Mit dem Beschluss über den Haushaltsplan würden dann aber Fakten geschaffen, die es zu respektieren gelte.

Herr Hartl teilt mit, er schließe sich dieser Meinung an.

Herr Rüstmann ergänzt, nur die Bürgermeisterin könne Haushaltssperren erlassen und wieder aufheben. Um eine Haushaltsposition mit einem Sperrvermerk zu versehen, sei ein Nachtrag nötig. Ein solcher Sperrvermerk würde dann aber immer noch nicht den vertraglichen Erfüllungsanspruch aufheben.

Herr Schüdzig lässt über den TOP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SWG/Sender-Gruppe, auf eine freiwillige Ausgabe im Bereich der Sanierungszuschüsse unter gleichzeitiger Festsetzung eines Sperrvermerks im Haushalt 2010 zu verzichten, wird abgelehnt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 12 Kommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wangerland; Antrag der SPD-Fraktion vom 23.08.2010
Vorlage: AN/337/2010**

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein. Es gehe hier noch nicht um inhaltliche Dinge, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung. In gewissen Bereichen sei sicher Potential enthalten, aber die Durchführung sei aufwändig und erfordere unter Umständen zusätzlichen Sachverstand.

Frau Bunjes erklärt, die SPD habe bereits Beispiele genannt und für 2011 sei eventuell schon einiges zu realisieren. Es werde ein Zwischenbericht der Verwaltung erwartet.

Herr Schwanzar teilt mit, von den Grünen sei bereits vor einem Jahr ein Antrag auf kommunale Zusammenarbeit gestellt worden. Dieser sei jedoch zurückgestellt worden, bis der Landkreis Friesland Vorschläge für Kooperationen mache. Die Verwaltung solle nunmehr evaluieren, welche Maßnahmen sinnvoll seien.

Herr Zillmer erklärt, die CDU werde dem Antrag nicht zustimmen. Es sei zu kurz gedacht, eine kommunale Zusammenarbeit nur mit einer Gemeinde zu beschließen.

Herr Hartl bemerkt, die Idee sei grundsätzlich nachvollziehbar, sei jedoch zu konkret formuliert. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dankwardt führt aus, es solle abgewartet werden, welche Erfahrungen Wangerland und Schortens machen. Grundsätzlich befürworte sie eine Zusammenarbeit. Man könne das Thema aber nicht auf eine Kommune reduzieren. Es müsse klar sein, dass Abhängigkeiten geschaffen würden. Zudem seien die Vorarbeiten zweitaufwändig und kostenintensiv.

Frau Bunjes erklärt, man solle sich zusammensetzen und zunächst kleine Schritte machen, wie den gemeinsamen Einkauf der Chemikalien für die Bäder oder den Kauf von Feuerwehrfahrzeugen.

Herr Schwanzar bemerkt, die Gemeinde Wangerland befürchte schon eine Fusion der Kommunen.

Frau Dankwardt erwidert, eine Fusion sei wohl kaum sinnvoll. Warum solle man den Schuldenberg anderer Kommunen übernehmen.

Nach weiter Diskussion stellt Frau Bunjes folgenden Antrag:

„Die Beschlussvorlage wird auf die kommunalen Zusammenarbeit mit sämtlichen Nachbargemeinden erweitert.“

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Frau Bunjes abstimmen.

Abstimmung: Antrag wird mehrheitlich abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0

Anschließend lässt der Vorsitzende abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit:

TOP 13 Genehmigung der Niederschrift Nr. 29 vom 09.08.2010 - öffentlicher Teil

-

Diese Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 14 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dankwardt teilt mit, dass die Verträge zur Umsiedlung der Spielhalle mittlerweile unterschrieben seien. Somit könne das alte Domizil in Kürze abgerissen werden. Durch die vertraglichen Regelungen werde das Gesamtbudget von 230.000 € für die Archäologie und die Spielhalle voraussichtlich nicht überschritten.

TOP 15 Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.43 Uhr.

Genehmigt:

Herbert Schüdzig
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Gabriele Riedel
Protokollführer/in